

Vielfalt ohne Alternative

Warum sich Wohlfahrtsverbände gegen Rechtspopulismus positionieren müssen

CHRISTIAN WOLTERING

Christian Woltering ist
Hauptreferent des Paritätischen
Wohlfahrtsverbandes,
Gesamtverband e. V.
www.der-paritaetische.de

Viele rechte Einstellungsmuster sind bis in die Mitte der Gesellschaft verbreitet. Die Wohlfahrtsverbände sind aufgrund ihres Auftrags, ihrer bundesweiten Präsenz und ihres Ansehens besonders geeignet, gegen rechtspopulistische Meinungen vorzugehen.

Von der rechtsradikalen Front National in Frankreich über die Freiheitliche Partei Österreichs, die Schweizerische Volkspartei bis zur Alternative für Deutschland – seit Jahren erleben rechtspopulistische Kräfte einen Auftrieb. Sie wollen nicht nur die Europäische Union rückabwickeln, sondern hetzen auch offen gegen Minderheiten wie Muslime, Homosexuelle oder Flüchtlinge.

Deutschland war »viele Jahre lang ein weißer Fleck auf der Landkarte« (1). Seit etwa 2010 versuchen verstärkt Parteien wie Pro Deutschland, Die Freiheit oder eben die Alternative für Deutschland mit ihren nationalistischen und antiliberalen Thesen an konservative und bürgerliche Positionen anzuknüpfen. Sie sehen sich als Kämpfer für das angeblich vom Islam bedrohte christliche Abendland, wollen Migration strikt begrenzen, hassen alles vermeintlich Liberale und Linke und die gesellschaftliche Vielfalt, etwa bei Familienmodellen oder Geschlechterrollen. (2)

Allgemein wird zur Beschreibung dieser politischen Strategie der etwas unscharfe Begriff des »Rechtspopulismus« verwendet. Damit bezeichnet man eine Politik, die autoritäre Vorstellungen vertritt, verbreitete rassistische Vorurteile ausnutzt und verstärkt. Als Kern des Rechtspopulismus charakterisieren Politikwissenschaftler eine demagogische Argumentation, die »das einfache Volk« gegen »die da oben« stellt. (3) »Zentral ist dabei die Inszenierung eines vermeintlichen Gegensatzes von politischer Elite und »dem Volk«, dessen Anwalt zu sein die extreme Rechte vorgibt

zu. Populisten geben vor, sie kämpften gegen die vermeintlich Etablierten.« (4)

Von einigen Politikwissenschaftlern wird der Rechtspopulismus zwar als eigenes Phänomen neben dem Rechtsextremismus (und damit noch als Teil des demokratischen Spektrums) gesehen. »Doch blickt man auf die weltanschauliche Substanz, also die zentralen ideologischen Grundlagen von Rechtspopulisten und -extremisten, dann sind keine wesentlichen Unterschiede erkennbar. Der Rechtspopulismus ist daher nicht mehr als eine strategische Option des Rechtsextremismus.« (5)

Rechtspopulismus als politische Strategie zeichnet sich oft durch inszenierte Tabubrüche, das Einfordern radikaler Lösungen und den Hang zu Verschwörungstheorien aus. Rechtspopulisten vertreten autoritäre Politikkonzepte und fordern häufig »mehr Härte«, etwa gegen Straftäter und Drogenabhängige, lehnen den Inklusionsgedanken ab oder schüren Ängste vor einer »Überfremdung« durch Migranten.

Daneben stehen besonders andere ethnische oder religiöse Gruppen (häufig Muslime) im Fokus. Es waren und sind auch die sozialen Ängste und die soziale Unsicherheit, die heute Menschen in erschreckend großer Zahl dazu veranlasst, sich Demagogen am rechten Rand zuzuwenden, die mit diesen Ängsten ihr perfides Spiel treiben und die den politischen und sozialen Konsens in Deutschland infrage stellen. So vermengen Rechtspopulisten zum Beispiel soziale Probleme wie den Wohnungsmangel oder die Arbeitslosigkeit häufig undifferenziert mit denen der Flüchtlingspolitik. Dadurch

Handreichung für die Soziale Arbeit

Die Wohlfahrtsverbände AWO Bundesverband, Deutscher Caritasverband, Paritätischer Gesamtverband, Diakonie Deutschland und die Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland haben unter dem Titel »Miteinander – gegen Hass, Diskriminierung und Ausgrenzung« eine gemeinsame Handreichung zum Umgang mit Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus herausgebracht, die im Mai 2017 erschienen und bei den Verbänden erhältlich ist. Die Handreichung wurde vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert.

www.der-paritaetische.de

wird der Versuch betrieben, auf Kosten der Schwächeren Keile in diese Gesellschaft zu treiben, die ablenken sollen von dem, was tatsächlich politisch notwendig wäre, um die gesellschaftlichen und sozialen Herausforderungen zu meistern.

Mit der Alternative für Deutschland hat sich in Deutschland eine neue rechtspopulistische Partei etabliert und die Ergebnisse der letzten Landtagswahlen lassen befürchten, dass wir es mit einem dauerhaften Phänomen zu tun haben werden. Die Partei vertritt zumindest in Teilen eine offen auf Ungleichwertigkeit von Menschen abzielende, rassistische, sozialdarwinistische, antidemokratische und heteronormative Politik.

Ihr Programm ist nationallibertär, antisozial und in einigen Aspekten klar faschistisch. Ideologien der Ungleichwertigkeit werden nicht nur in ihren eigenen Reihen toleriert, sondern vom Spitzenpersonal der Partei offen propagiert. Sie stellt sich zum Beispiel gegen eine vermeintliche »Völkermischung« durch die Aufnahme von Geflüchteten, will individuelle Grundrechte wie das Recht auf Asyl oder das Wahlrecht abschaffen oder einschränken, lehnt die Gleichstellung von Mann und Frau ab, spricht sich ausdrücklich gegen den Inklusionsgedanken aus und will rassistisch konnotierte Begriffe wie »völkisch« wieder positiv besetzen.

Soziale Spaltung als populistischer Nährboden

Doch warum stoßen rechtspopulistische Parteien und Bewegungen in Deutschland aktuell auf so guten Nährboden? Warum können sie mit ihren perfiden Deutungsmustern in Teilen der Gesellschaft verfangen?

Ein Erklärungsansatz (neben zugegebenermaßen vielen) ist die immer stärker

re soziale Spaltung der Gesellschaft. Auf der einen Seite wächst der Wohlstand, die Arbeitslosigkeit sinkt und die Firmengewinne steigen. Gleichzeitig sinkt Einkommen, Vermögen, Teilhabe- und Bildungschancen immer ungleicher verteilt. Immer mehr Menschen haben am wachsenden Wohlstand keinen Anteil mehr, haben kein Vermögen oder sogar Schulden.

Verschärft wird die Situation in vielen Kommunen durch eine wachsende öffentliche Armut, wo seit Jahren am Allernotwendigsten gekürzt wird: Öffentliche Bäder und Bibliotheken, Instandhaltung von Schulgebäuden, Angebote für die Jugend und Beratungsstellen aller Art. Es gibt zu wenig bezahlbaren Wohnraum und die Sozialversicherungen – von der Arbeitslosenversicherung bis zur gesetzlichen Rente – bieten immer seltener auskömmlichen Schutz und Absicherung.

Beide Phänomene – wachsende Ungleichheit und wachsende rechte Demagogie – sind letztlich zwei Seiten einer Medaille: Es waren und sind die sozialen

Ängste und die soziale Unsicherheit, die heute Menschen dazu veranlasst, sich Demagogen am rechten Rand zuzuwenden, die mit diesen Ängsten ihr perfides Spiel treiben und die den politischen und sozialen Konsens in Deutschland infrage stellen.

Daneben darf nicht unerwähnt bleiben, dass viele rechte Einstellungsmuster immer noch bis in die Mitte der Gesellschaft verbreitet sind. Wie weit diese Einstellungsmuster gehen, belegen seit Jahren Langzeitstudien wie das

Bielefelder Projekt »Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit« oder die Mittelstudien der Friedrich-Ebert-Stiftung. Dabei zeigt sich, dass zum Beispiel antisemitische Einstellungsmuster in der Bundesrepublik in den letzten 20 Jahren mit etwa 15 bis 20 Prozent unverändert stark zu finden sind.

Was tun?

Wer diese Strategie kontern will, muss als Erstes das Unbehagen über tatsächliche oder gefühlte Missstände wieder trennen von den Aggressionen gegen Sündenböcke. Während Letztere klar zurückzuweisen sind, sollte man Ersteres aufnehmen und nach konstruktiven Lösungen suchen.

Wohlfahrtsverbände sind hierfür besonders geeignet. Sie sind flächendeckend präsent. Sie verfügen in der Öffentlichkeit über hohes Ansehen und Vertrauen und sind außerdem auf besondere Weise mit dem Problem konfrontiert. »Das Verhängnisvolle ist, dass Rechtsextreme gerade diejenigen Grundsätze ausnutzen, durch die sich Wohlfahrtsverbände auszeichnen: ihr Eintreten für Offenheit und Toleranz, Respekt und Vielfalt sowie ihre Anwaltschaft für sozial benachteiligte und von Ausgrenzung bedrohte Menschen.« (6)

Wohlfahrtsverbände brauchen deshalb für die Auseinandersetzung mit dem rechten Rand eine klare Haltung: Toleranz heißt bekanntlich nicht, alles hinzunehmen – sondern konsequent für die Wertschätzung jedes Menschen und gegen jegliche Diskriminierung aufzutre-

»Auf ein Problem nicht zu reagieren, ist ein Handeln – und zwar ein falsches«

ten. Wohlfahrtsverbänden ist dies nicht nur erlaubt, sondern sie haben das gesellschaftspolitische Mandat dazu. Um diesem gerecht zu werden, braucht es eine stärkere Sensibilisierung, Wissen über Strategien und Erscheinungsformen von Rechtsextremismus und Rechtspopulismus, braucht es sicherlich auch Hinweise auf Beratungs- und Unterstützungsangebote.

Das richtige Reagieren ist oft nicht einfach. Aber das Wichtigste ist, dass die vielen Erscheinungsformen von Ras-

sismus, Antisemitismus und anderen Diskriminierungen überhaupt erkannt werden – und dass darüber gesprochen wird. Es braucht eine menschenrechtsorientierte Haltung, auf deren Basis wirksam interveniert werden kann. Zu dieser Haltung gehört auch, Konflikte nicht zu scheuen, sondern als Chance der Auseinandersetzung zu sehen. Soziale Arbeit steht für eine lebendige, demokratische Kultur zu der sich positioniert und die aktiv verteidigt werden muss.

»Das Unbehagen über Missstände muss getrennt werden von den Aggressionen gegen Sündenböcke«

Falsch wäre es, problematische Vorfälle aus Unwissenheit oder Unsicherheit oder auch aus Sorge vor einem schlechten Bild in der Öffentlichkeit herunterzuspielen oder zu ignorieren. So betont der Berliner Ethikprofessor Andreas Lob-Hüdepohl: »Auf ein Problem nicht zu reagieren, ist bereits ein Handeln. Man kann nicht nichts tun. Wer sich bei Rechtsextremismus und -populismus heraushalten will, unterstützt durch Unterlassung.« (7) Es sollte Auffassung eines jeden Demokraten sein, dass die Würde aller Menschen unantastbar ist und allen Menschen, unabhängig ihrer Herkunft, ihres Aussehens, ihrer Religion oder ihrer sexuellen Orientierung unveräußerliche Rechte zustehen. Rechtspopulismus ist eine Gefahr für die Demokratie – nicht nur in Deutschland.

Wir brauchen dafür echte soziale Sicherheit und echte Lebensperspektiven für alle hier lebenden Menschen. Der soziale und gesellschaftliche Zusammenhalt in unserem Land kann und muss durch eine offensive und vor allem inklusive Politik gestärkt werden. Damit sind keine Sonntagsreden gegen »rechte Demagogen« gemeint, sondern eine Politik, die alle Menschen in Deutschland mitnimmt und keinen ausgrenzt oder zurücklässt. Um diese Gesellschaft politisch wieder zusammenführen, Ressentiments und Intoleranz zu besiegen, müssen wir diese Gesellschaft auch sozial wieder zusammenführen.

Für uns gehört die Verteidigung und Stärkung einer demokratischen und engagierten Bürgergesellschaft in Deutschland zu unserem Selbstverständnis. Wir wollen eine demokratische Kultur und eine offene Gesellschaft. Vielfalt ist für uns ohne Alternative!

Anmerkungen

- (1) Häusler, Alexander: Das neue Aufbegehren von rechts, in: neue caritas, Ausgabe 20/2016.
- (2) Vgl. Staud, Toralf: Warum diese Broschüre – und warum jetzt?, in: Miteinander gegen Hass, Diskriminierung und Ausgrenzung; Sozial verbunden Miteinander gegen Hass, Diskriminierung und Ausgrenzung; Eine Handreichung der Wohlfahrtsverbände zum Umgang mit Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus, 1. Auflage, Mai 2017.
- (3) Die Begriffserklärung basiert auf dem Rechtsextremismus-Glossar der Bundeszentrale für politische Bildung. www.bpb.de/173908.
- (4) Salzborn, Samuel: Rechtsextremismus – was ist das? Und wo beginnt er? in: Miteinander gegen Hass, Diskriminierung und Ausgrenzung; Eine Handreichung der Wohlfahrtsverbände zum Umgang mit Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus, 1. Auflage, Mai 2017.
- (5) Ebenda.
- (6) Klose, Bianca: Wölfe im Schafspelz. Soziale Arbeit als Betätigungsfeld von Rechtsextremen, in: Blätter der Wohlfahrtspflege, 3/2016, S. 90.
- (7) Vgl. Interview mit Heike Radvan und Andreas Lob-Hüdepohl: Die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus ist untrennbarer Teil sozialer Arbeit, in: Miteinander gegen Hass, Diskriminierung und Ausgrenzung; Eine Handreichung der Wohlfahrtsverbände zum Umgang mit Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus, 1. Auflage, Mai 2017.



Dimensionen der Sorge

Soziologische, philosophische und theologische Perspektiven

Herausgegeben von Prof. Dr. Anna Henkel, Prof. Dr. Isolde Karle, Prof. Dr. Gesa Lindemann und Prof. Dr. Micha Werner
2016, 332 S., brosch., 64,- €
ISBN 978-3-8487-2907-4
eISBN 978-3-8452-7259-7
(Dimensionen der Sorge, Bd. 1)
nomos-shop.de/26797

Die Sorge ist gegenwärtig als eine mögliche Zukunft. Um Sorge als positive Umsicht wie negative Paralyse ranken sich viele religiöse und philosophische Konzepte sowie soziale Bezüge. Das analytische und gegenwartsdiagnostische Potenzial des Konzepts der Sorge wird hier interdisziplinär ausgelotet.

Nomos
eLibrary



Nomos